CDU-RATSFRAKTION
NEUNKIRCHEN-SEELSCHEID

Haushaltsrede der CDU-Fraktion

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und sehr geehrte Herren der Verwaltung,
liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,
werte Vertreter der Presse,

ich möchte zunächst mit einem Dank beginnen. Üblicherweise finalisiert dies meine Haushaltsrede, diesmal möchte ich bewusst so beginnen. Die Verwaltung hat uns einen Haushaltsentwurf vorgelegt unter Bedingungen aufgestellt, die sich niemand wünscht: Wir erleben steigende Zinsen, steigende Pflichtaufgaben und eine aufgezehrte Ausgleichsrücklage. Und in den vergangenen Wochen, sogar bis zuletzt hat sie weiter an dem Entwurf gearbeitet, Zahlen aktualisiert, unsere Anträge bearbeitet und uns auf unsere Fragen Antworten geliefert und Konsequenzen dargestellt. Auf alle unsere Anfragen und Anträge sind ausführliche, sachliche Stellungnahmen gekommen – die Antragsliste, die Ihnen als Anlage 3 vorliegt, umfasst 56 Seiten. Das war in dieser Zeit eine enorme Zusatzleistung. Dafür dankt die CDU-Fraktion der Kämmerei, insbesondere Herrn Hagen, allen Fachbereichen und Ihnen, Herr Bürgermeister, ausdrücklich.

Die Ausgangslage

Ich möchte die Lage nüchtern beschreiben, ohne Schuldzuweisung. Der Entwurf weist für 2026 einen Jahresfehlbetrag von rund 6,7 Millionen Euro aus. Nach dem globalen Minderaufwand von rund 1,4 Millionen Euro bleibt immer noch ein Defizit von rund 5,3 Millionen Euro. Die Ausgleichsrücklage ist 2026 vollständig verbraucht. Die Investitionskredite steigen auf 31,83 Millionen Euro, der Schuldenstand von 24,4 auf 53,6 Millionen Euro. Das Finanzergebnis liegt bei minus 1,73 Millionen Euro. Und der Hebesatz der Grundsteuer B soll nur für 2026 um 218 Punkte auf 1.088 steigen.
Das ist kein Haushalt, den man als Bürgermeister gern einbringt, keiner den man als Kämmerer gerne erstellt und es ist keiner, den man als Ratsmitglied gern beschließt.

Unsere Verantwortung

Die CDU stellt seit etwa einem Jahr den Bürgermeister und wir tragen gemeinsam mit Bündnis 90/Die Grünen die Koalition im Rat und damit auch Verantwortung. Das bedeutet: Wir können

Fraktionsvorsitzende
Anke Nolte
Rathausstraße 26
53819 Neunkirchen-Seelscheid
Telefon: + 49 (0) 2247 7573973
E-Mail: anke.nolte.an@googlemail.com

nicht nur kommentieren. Verantwortung heißt, Anträge zu stellen, die nicht jedem gefallen, sie zu begründen und – das gehört dazu – zuzuhören, wenn die Verwaltung uns sagt, dass etwas so nicht geht.
Genau so haben wir gearbeitet. Die Koalition hat zu diesem Haushalt 38 Positionen in die Antragsliste eingebracht, die laufenden Nummern 16 bis 53. Wir haben mit jeder Seite des über 800 Seiten starken Haushalts gerungen und uns gefragt, wo können wir etwas ändern, was müssen wir hinterfragen, welche Anträge können und welche müssen wir stellen.
Ich möchte Ihnen nicht alle vorlesen, sondern erklären, was die wichtigsten bewirken sollen und warum. Wir haben aber in den letzten Monaten auch zugehört. Nämlich Ihnen – den Bürgerinnen und Bürgern. Auf vielfältigste Weise sind wir mit Ihnen in den Dialog getreten, nicht immer ich persönlich, dafür oft telefonisch und auch digital über Social Media oder per Mail. Und insgesamt haben wir über alle Ihre Ideen und kritischen Punkte nachgedacht und sie abgewogen. Wir haben alle in unsere ehrenamtliche Arbeit einfließen lassen.

Das HSK ist keine politische Wahl, es ist Gesetz

„Die CDU und die Grünen erhöhen mutwillig die Steuern!“

Das Haushaltssicherungskonzept ist keine politische Entscheidung von CDU oder Grünen und ja, natürlich möchten wir die Grundsteuer am liebsten nicht anheben. Das Haushaltssicherungskonzept ist jedoch eine gesetzliche Pflicht. Hierzu kurz eine Erläuterung: Wenn eine Kommune in zwei aufeinanderfolgenden Jahren in den nächsten fünf Jahren mehr als fünf Prozent der allgemeinen Rücklage aufbrauchen muss, um ihren eigenen Haushalt auszugleichen, schreibt § 76 der Gemeindeordnung die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzepts vor. Ein Haushalt wird zwar immer nur für ein Jahr beschlossen, mit der Haushaltssatzung wird aber auch eine Planung für die nächsten 5 Jahre beschlossen. Diese 5 % Grenze wird in den Planjahren 2027 und 2028 überschritten, deshalb muss schon mit dem Haushalt 2026 ein HSK aufgestellt werden. Ohne ein genehmigungsfähiges Konzept verliert die Gemeinde ihre Handlungsfähigkeit. Das hat zur Folge, dass die Aufsichtsbehörde keine freiwilligen Ausgaben mehr genehmigt und das wäre vollständiger politischer Stillstand. So ähnlich geschieht es in unseren Nachbarkommunen Much und Ruppichteroth, die beide schon seit Jahren keinen genehmigten Haushalt mehr haben – ein Vergleich mit deren Grundsteuerhebesätzen ist also denkbar schwierig und unseriös.
Der vorliegende Haushalt weist trotz Ausnutzung aller Konsolidierungspotenziale in den vergangenen Jahren einen strukturellen Fehlbedarf aus, der ohne Steueranpassung bei rund 2,8 Millionen Euro läge. Die Grundsteuererhöhung 2026 ist die einzige sofort wirksame Maßnahme, um die Genehmigung des HSK sicherzustellen. Alle strukturellen

Konsolidierungsmaßnahmen, wie ein Energiemanagement, Mietanpassungen, Fördermittelmanagement oder auch Gewerbeansiedlung, wirken erst mittelfristig und sollen den Haushalt bis 2031 um rund 3,5 Millionen Euro entlasten. Aber diese Maßnahmen wirken nicht heute. Ich könnte heute noch mal auf meine Haushaltsrede aus dem vergangenen Jahr und die sehr späte Einigung über den Haushalt eingehen, der eine CDU-Forderung zugrunde lag, endlich – wirklich endlich – das eigene strukturelle Problem anzugehen, was wir beeinflussen können – mehr Einwohner, mehr Einnahmen, mehr Schultern zum Verteilen. Der Wohnraum, der derzeit geschaffen wird, egal in welcher Form, als geförderter Wohnraum, als Wohneigentum oder einfach als Mietwohnraum, ist endlich in Schwung gekommen – der Bedarf ist riesig. In der vergangenen Woche durften 36 Wohnungen in Seelscheid bezogen werden. Der Bauherr sagt, er habe dreimal so viele Anfragen gehabt, der gleiche Bauherr sagt aber ebenso, dass das gerade zu schaffende Wohneigentum dieser Nachfrage unterliegt. Hiermit generieren wir unseren größten Einnahmenfaktor, die Einkommensteuer. Dies wird Teil der Lösung sein, hilft uns aber in diesem Jahr und in dieser vorliegenden Planung nicht weiter.

Die Ursachen: elf Jahre Vorrang für Neubauten vor Substanzerhalt

„Die CDU hat doch selbst für all diese Projekte gestimmt!“

Die Politik des Rathauses und der vergangenen Jahre war eine andere, als sie es jetzt ist. Wir haben viele Entscheidungen mitgetragen. Und ja, wir stehen zu einzelnen dieser Entscheidungen. Aber es gibt konkrete Unterschiede zur Politik heute. Die Vernachlässigung der Infrastruktur wird nun benannt und angegangen. Die Gebäudeinfrastruktur, allen voran die unserer Gesamtschule, wurde bislang weg ignoriert oder geschoben. Endlich wird diese Infrastruktur auf vernünftige Beine gestellt, sodass zum Beispiel unsere Schülerinnen und Schüler der Gesamtschule wieder alle Räume nutzen und nicht dort wo es über zwei Etagen durchtropft keinen Unterricht erhalten können.

In der Vergangenheit ging es vor allem um Fördermittel und solche Projekte, die prestigeträchtig sind. In unserer Situation brauchen wir Fördermittel mehr denn je. Aber die 30 Millionen Euro Fördergelder der letzten Jahre – verteilt auf: zwei neue Feuerwehrhäuser, Selbstlernzentrum, KulTurnhalle, Thurn-Gelände-Entwicklung, Jugendzentrum – wollten durch Eigenmittel unterstützt werden. Wir sagen: Fördermittel sollen in Zukunft so eingesetzt werden, dass sie mit wenigen bis hin zu keinen Eigenmitteln ergänzt werden, um final eine Potenzierung der Fördermittel zu erreichen und nicht eine Potenzierung der Eigenmittel, wie in der Vergangenheit. Fördermittel sollten zudem gerne dort eingesetzt werden, wo sie ansonsten Eigenmittel sparen.

Es wurden Straßen, Gehwege und Bestandsgebäude nicht entsprechend instand gehalten. Das spüren wir doch an allen Enden unserer Gemeinde. Wer billig kauft, kauft zweimal – das Sprichwort kennen wir alle und wer nicht investiert, repariert es auch zweimal.
Zum Beispiel die KulTurnhalle: Die CDU hat 2022 öffentlich klargestellt, warum sie eine eigene Beratungssitzung gefordert hat. Wörtlich aus unserem damaligen Beitrag: „Hierbei handelt es sich um ein wirtschaftlich und gesellschaftlich sensibles Thema. Für die Realisierung reichen weder die Finanzen noch der personelle Apparat der Verwaltung aus. Insbesondere wenn es hier nicht nur um Fördermittel, sondern auch mutmaßlich um Steuererhöhungen geht.“ Das war 2022, vier Jahre vor der heutigen Haushaltslage. Wir haben damals genau das vorhergesagt, was heute eingetroffen ist. Uns wurde damals widersprochen.
In meiner Haushaltsrede zum Haushalt 2025 wurde außerdem dokumentiert, dass Kostenschätzungen bei mehreren Projekten nicht nur überschritten, sondern explodiert seien. Aus diesen Gründen fordern wir ein Fördermittelmanagement, das seinem Namen auch gerecht wird. *„So ist die KulTurnhalle von 2,6 auf 9,3 Millionen Euro gewachsen.“*

Die Kreis- und Jugendamtsumlage, die unbequeme Wahrheit

Ein weiterer Punkt, den die allgemeine Kritik ausblendet: Die Kreisumlage und die Jugendamtsumlage machen zusammen rund 23,3 Millionen Euro aus, fast 35 Prozent aller Ausgaben der Gemeinde. Sie sind 2026 um 1,85 Millionen Euro gegenüber 2025 gestiegen und ein weiterer Anstieg ist schon angekündigt. Diese Umlagen werden auf Kreisebene festgelegt. Aufgaben werden von Bund und Land nach unten gereicht, die Finanzierung wächst aber nicht im gleichen Maß mit.
Drei Beispiele, jeweils aus dem Haushaltsentwurf.
Erstens die Einnahmen: Der Anteil an der Einkommensteuer ist mit rund 15,7 Millionen Euro unsere mit Abstand größte Ertragsposition. Die Verwaltung schreibt dazu selbst, dass die Gemeinde auf den Anteil, der bei uns ankommt, kaum Einfluss hat, und bezeichnet das als „sehr problematisch“ (Haushaltsentwurf S. 33). Gegenüber der bisherigen Planung liegt der Ansatz 2026 um rund 413.000 Euro niedriger, 2027 um rund 562.000 und 2028 um rund 671.000 Euro (S. 33 f.). Bei den Schlüsselzuweisungen kommen 2027 weitere 757.000 Euro und 2028 weitere 600.000 Euro Minderertrag gegenüber der bisherigen Planung hinzu (S. 35). Das sind für 2027 und 2028 zusammengerechnet jeweils mehr als 1,2 Millionen Euro, die in unserer Finanzplanung fehlen, ohne dass wir etwas dazu beschlossen hätten.
Zweitens: Der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz in der Grundschule, der seit dem 1. August 2026 gilt. Die Elternbeiträge sind gesetzlich auf höchstens 242 Euro im Monat gedeckelt (S. 42). Die Verwaltung geht davon aus, dass die zusätzlichen Betreuungskräfte und Ausbildungsstellen über Landeszuweisungen und Elternbeiträge vollständig refinanziert werden

(S. 46), der Betriebskostenzuschuss des Landes ist dabei mit rund 471.000 Euro angesetzt (S. 37). Wir werden sehr genau darauf achten, ob diese Rechnung im Vollzug aufgeht, denn wer den Rechtsanspruch begründet, muss ihn auch bezahlen. Dieser Grundsatz gilt in Nordrhein-Westfalen als Konnexität und er muss auch in der Praxis gelten.
Drittens: Die Landespauschalen für Schulen, Sport und Unterhaltung, die eigentlich den Sanierungsstau abbauen sollen, müssen wir wegen der Haushaltslage vollständig investiv einsetzen, um den Kreditbedarf zu senken (S. 37). Und die Gewerbesteuerumlage von 791.000 Euro berechnet sich nach einem Vervielfältiger, den das Land festlegt (S. 51). Auch hier können wir nur mit den Entscheidungen arbeiten.
Ich will fair bleiben: Das Land hat uns 2026 Liquiditätskredite von rund 7,24 Millionen Euro abgenommen und die Schlüsselzuweisungen steigen 2026 um rund 211.000 Euro. Das erkennen wir an. Aber es reicht nicht, um die strukturelle Lücke zu schließen. Deshalb richten wir einen Appell an Bund und Land, unabhängig davon, wer dort regiert: Wer Aufgaben und Rechtsansprüche schafft, muss sie auskömmlich finanzieren. Das ist keine Bitte um Sonderbehandlung, sondern eine Frage von Verlässlichkeit gegenüber den Kommunen, die vor Ort die Leistungen erbringen müssen. Und wir erwarten von den Abgeordneten, die uns hier vertreten, dass sie diese Botschaft mit nach Berlin und Düsseldorf nehmen.
Die Bürgermeister der Kommunen haben einen entsprechenden Appell auch an den Kreis gesendet.

Unsere Anträge und was sie bewirken sollen

Was wir stattdessen tun

Wir sitzen heute nicht hier, nur um zu kritisieren. Denn das wird unserer Verantwortung nicht gerecht und das ist nicht das, was die Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten dürfen und auch nicht sollen! Wir haben Ideen und Antworten erarbeitet. Nicht alles wird der große Wurf sein, aber wir haben in vielen Stunden unsere gegebene Verantwortung in den Ring geworfen und gemeinsam überlegt, was um- und durchsetzbar ist und was könnte uns einen Erfolg bringen könnte. Wir sind als Koalition auch von beiden Seiten an die Aufgabenstellung gegangen, was kann weiter eingespart werden und wo können wir noch mehr einnehmen. Nicht zuletzt haben wir aber auch im Rahmen unserer Verantwortung Anträge gestellt, die Signale an die kommunale Haushaltsführung senden und durch die wir noch besser unserer Kontrollfunktion nachkommen.

Mittelfristig werden wir durchsetzen, dass die Aquarena auf solide finanzielle Beine gestellt wird, vielleicht erarbeiten wir ein Werbeflächenkonzept aber wir werden ganz sicher mit Hochdruck das Konzept für das Thurn-Gelände als Einnahmequelle durchziehen, denn das hat Priorität.

Wir werden das Fördermittelmanagement professionalisieren, durch Beitritt zum Fachnetzwerk Fördermittel der Kommunal Agentur NRW sowie die NRW.BANK-Beratung. Wir werden Gewerbeansiedlung und Wohnraumentwicklung vorantreiben, beides wurde auch bereits angegangen, wirkt aber erst mittelfristig auf Gewerbesteuer und den Einkommensteueranteil. Und wir werden konsequent konsolidieren: Energiemanagement, Eigenreinigung Aquarena, Winterdienst-Regelungen, Mietanpassungen, Verkauf nicht betriebsnotwendiger Liegenschaften. Diese Maßnahmen entlasten den Haushalt bis 2031 um rund 3,5 Millionen Euro.

Einige dieser Maßnahmen werden wehtun, manche davon vielen von uns, manche davon bemerkt kaum einer. Es wird aber immer gut abgewogen und diskutiert worden sein, denn auch das ist unsere Verantwortung. Mit unserem Antrag zum Stellenplan wird die Verwaltung jede Neubesetzung einer Stelle begründen müssen und wir werden auch hier abwägen, braucht die Verwaltung diese, um sich selbst zu verwalten oder brauchen wir diese auch, um alle Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen und ein Dienstleister zu sein. Denn bei aller aufkommenden Polemik in diesem Punkt, am Ende sitzen diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Rathauses hier als Dienstleister für die Anliegen von allen Bürgerinnen und Bürgern und die erwarten zu Recht, dass im Friedhofsamt genauso jemand seiner Tätigkeit nachgeht, wie jemand im Schulamt für die Eltern und die Bedarfe der Schulen zuständig ist, im Bauamt jemand sitzt und Fragen beantworten kann, genauso wie jemand der sich um die Ruhestörungen kümmert, oder im Vollzugsdienst jemand, der sich um ausstehende Gebühren bemüht, sowie im Einwohnermeldeamt, wenn jemand einen neuen Reisepass benötigt. An dieser Stelle gilt mein Dank auch der FDP-Fraktion, die sich hier stark mit in den gemeinsamen eingebracht hat und wir so heute sehen können, dass wir immer mehr werden, die wirklich etwas ändern und bewegen möchten.

Gut ein Jahr Amtszeit reicht nicht, um eine über elf Jahre gewachsene Struktur zu drehen. Das ist die Wahrheit, die wir allen Bürgerinnen und Bürgern schulden. Der Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung, der seit Jahren nicht mehr besetzt war, wird nun seine Arbeit wieder aufnehmen und wenn ich den Vorschlag hier machen darf, vielleicht sollte dieser auch das Thema „Einnahmen stärken“ mit unter den Schirm nehmen.

Jetzt möchte ich Ihnen aber auch darstellen, mit welchen weiteren Anträgen wir eine Veränderung herbeiführen möchten.

a) Verbindliche Spielregeln und Transparenz

Antrag Nr. 16 senkt die Wertgrenze in § 9 der Haushaltssatzung von 5 auf 3 Prozent. Sie entscheidet, ab wann Mehrausgaben bei einzelnen Positionen eine Nachtragssatzung nach § 81 Absatz 2 der Gemeindeordnung auslösen.
Die Wirkung: Der Rat wird früher beteiligt, bevor aus kleinen Überschreitungen große werden. Die Verwaltung hat keine Bedenken geäußert und empfiehlt, dem Antrag zu folgen. Wir sehen darin keine Misstrauenserklärung, sondern ein Geländer, das in der Haushaltssicherung allen nützt, auch der Verwaltung.
Mit Nr. 17 verbinden wir die Kreditermächtigung von 32.069.154 Euro in § 2 mit der Bitte um eine Priorisierungsübersicht aller Investitionen ab 100.000 Euro, eingeteilt in Kategorien von der rechtlichen Verpflichtung bis zur verschiebbaren Maßnahme.
Die Wirkung: Wir stellen die Kreditaufnahme nicht in Frage, aber der Rat kann endlich unterscheiden, was zwingend ist und was warten kann, und fördergebundene Vorhaben wie die KulTurnhalle bleiben geschützt. Auch hier empfiehlt die Verwaltung, dem Antrag zu folgen. Mit Nr. 19 haben wir um eine Umsetzungsübersicht zum globalen Minderaufwand gebeten.
Die Wirkung: Wer 1,4 Millionen Euro im Plan als Einsparung ausweist, muss nachvollziehbar zeigen, wo sie entsteht. Sonst beschließt der Rat im Blindflug.

b) Aquarena: erst das Konzept, dann das Geld

Die Aquarena ist unser größtes freiwilliges Defizit: rund 2,75 Millionen Euro, davon etwa 1,85 Millionen im Bad und 900.000 Euro im Fitnessbereich. Bei diesem Defizit sind 415.000 Euro für Bistro, Eingangsbereich und Sauna kein Pappenstiel. Mit den Anträgen Nr. 40 und 41 erreichen wir, dass diese Mittel qualifiziert gesperrt bleiben. Die Verwaltung lässt sie im Plan, weil sie zur Darstellung des globalen Minderaufwands gebraucht werden; freigegeben wird aber erst nach einem Sanierungskonzept. Der Beschlussvorschlag wurde im vorberatenden Gremium einstimmig angenommen. Nr. 48 geht den nächsten Schritt: ein Gesamtkonzept für die Aquarena mit Zwischenergebnissen zum 31.12.2026 und einem Abschluss zum 31.03.2027.
Die Wirkung: Der Rat entscheidet über die Zukunft des Bades und des Fitnessbereichs auf einer belastbaren Zahlenbasis, nicht aus dem Bauch heraus. Auch hier danke ich der FDP, denn Ihre Anfragen zur Aquarena haben Zahlen auf den Tisch gebracht, die wir alle brauchen.

c) Personal und kleine Schritte

Mit Nr. 46 schlagen wir die bereits mehrfach genannte Fördermittel-Controlling-Stelle vor. Das klingt in einem Sparhaushalt zunächst widersprüchlich. Aber die Stelle soll sich auch nach Einschätzung der Verwaltung über Fördermittel- und Kostenkontrolle selbst refinanzieren, und die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag zu folgen. Wer sparen will, braucht jemanden, der nachhält, ob gespart wird – nicht zuletzt auch bei den Projekten, die wie in den vergangenen

Jahren, wegen fehlender Unterstützung an dieser Stelle nicht weiter oder wieder aus dem Ruder laufen dürfen. Dazu gehören auch die kleinen Schritte: ein Sperrvermerk bei der Beleuchtung (Nr. 42), ein reduzierter Zuschuss an Das Bergische (Nr. 45). Jeder Betrag für sich ist klein, aber Haushaltssicherung besteht aus vielen solchen Schritten.

d) Große Vorhaben: Jugendzentrum und Bilanzierungshilfe

Antrag Nr. 52 betrifft das Jugendzentrum am Schulcampus. Um es klar zu sagen: Wir unterstützen den Neubau ausdrücklich. Aber die Planung ist von einer ersten Kostenschätzung 2022 mit rund 550.000 Euro für einen eingeschossigen Bau auf 7,96 Millionen Euro im Entwurf und inzwischen auf 8,52 Millionen Euro nach der fortgeschriebenen Kostenermittlung gewachsen. Die Flächen des Kinderschutzbundes werden nicht mehr gebraucht, weil das Stöberstübchen dank der Unterstützung unseres Bürgermeisters eine andere Unterkunft gefunden hat. Wir haben deshalb gefragt, was ein Gebäude kostet, das sich am nachgewiesenen Bedarf orientiert und ob die Tiefgarage notwendig ist. Die Verwaltung hat geantwortet: Der Stellplatznachweis beläuft sich auf voraussichtlich 27 Stellplätze, das Nahwärmenetz wird gut begründet nicht weiterverfolgt und die Verwaltung will prioritär prüfen, ob auf die Tiefgarage ganz oder weitgehend verzichtet werden kann. Wesentliche Mittelbindungen erfolgen erst, wenn die fortgeschriebene Planung vorliegt.

Die Wirkung wäre: Das Jugendzentrum bleibt, aber es wird nicht größer und teurer gebaut, als es der Bedarf verlangt.

Nr. 53 ist vielleicht die folgenreichste Frage dieses Haushalts. Die Bilanzierungshilfe aus Corona-Zeit und Ukraine-Krieg beträgt rund 4,83 Millionen Euro. Sie sollte im Haushalt 2026 vollständig mit der allgemeinen Rücklage verrechnet werden, damit künftige Generationen nicht belastet werden. Das war nachvollziehbar, solange die Lage besser aussah. Die Antwort der Verwaltung ist deutlich: Bleibt es bei der Verrechnung, wäre die Gemeinde im Laufe des Jahres 2031 bilanziell überschuldet. Und die Folgen beschreibt die Verwaltung klar: keine Zuschüsse mehr an Vereine, keine Teilnahme an Förderprogrammen mit Eigenanteil, etwa ISEK 2.0, Sportstättensanierung oder das Jugendzentrum, auf Dauer kein Fortbestand des Fitnessbereichs der Aquarena ohne positiven Deckungsbeitrag, und mittelfristig ein Beauftragter der Kommunalaufsicht, der anstelle des Rates über Maßnahmen bis hin zur Grundsteuer entscheidet. Die Kommunalaufsicht hält es nach Auskunft der Verwaltung für vertretbar, den Verrechnungsbeschluss bis zur Beschlussfassung über die Haushaltssatzung aufzuheben. Dann würde die Bilanzierungshilfe über bis zu 50 Jahre abgeschrieben, rechnerisch etwa 97.000 Euro im Jahr, nicht zahlungswirksam und ohne Zinswirkung auf die Liquiditätskredite.

Der Grundsatz „keine Lasten für nachfolgende Generationen“ ist richtig, aber eine Gemeinde, die ihre Handlungsfähigkeit verliert, belastet die nächste Generation noch mehr. Das ist die Abwägung, vor der wir stehen, und wir stellen sie bewusst offen.

Die Anträge der anderen Fraktionen

Eine Haushaltsberatung lebt vom Wettbewerb und der Vielfalt der Vorschläge. Gestatten Sie mir deshalb einen fairen Blick auf die der anderen, denn nach mir werden sie hoffentlich von deren Ideen hören, wie man besser mit den Steuergeldern umgeht, statt nur über Probleme zu streiten und die Lösungsansätze anderer schlechtzureden. Lassen Sie uns gemeinsam zuhören, wie konstruktiv das gleich sein wird.

Die SPD hat 15 Positionen eingebracht. Einiges davon war berechtigt, daher gehen wir diese Anträge gerne mit. Wo es inhaltlich weniger substanziell wird oder aus unserer Sicht auch zu Widersprüchen führt, konnten wir uns nicht anschließen. Hier sei unsere Ablehnung der Nr. 1 genannt: der Sanierung des Sportplatzes Höfferhof. Diese Sanierung soll unter unserem Antrag und dem Vorschlag der Verwaltung vollständig – also zu 100% – über Fördermittel erreicht werden, darüber wird in der kommenden Woche im nächsten AGO berichtet, daher möchten wir diesen Mehrwert für alle Bürgerinnen und Bürger, aber speziell für alle Kinder und Jugendlichen als Freizeit- und Sporteinrichtung UND als Unterrichtsort für unsere Schulen umsetzen. So wie sich der Sportplatz derzeit darstellt, kann dieser nur in trockenen Sommern genutzt werden. ABER hinterfragen Sie gerne selbst, woher der Wind weht, wenn Ihnen vermutlich gleich etwas anderes zu diesem Antrag erzählt wird.
Auf einen Antrag möchte ich aber besonders eingehen, weil er auch persönlich sehr wichtig für mich ist. Unter Nr. 3 wurde beantragt den Streamingdienst dieser und der zukünftigen Ratssitzungen für 8.000 Euro im Jahr zu streichen. Das würde bedeuten, Sie könnten alle nicht mehr online an den Sitzungen teilnehmen und die Debatten und Gründe der einzelnen Fraktionen verfolgen. Die Verwaltung hält dazu fest, dass Transparenz ein Kernpunkt der Demokratie ist und empfiehlt, den Ansatz zu behalten. Das sehen wir genauso und ich habe es schon in der vergangenen Woche deutlich gesagt, wer in der heutigen Zeit und insbesondere vor Ihnen allen steht und eine Teilhabe an der politischen Diskussion streichen möchte schlägt einen sehr sehr falschen Weg ein.

Ein Haushaltssicherungskonzept verlangt Vorschläge, die tragen und die politisch eine Mehrheit finden, so sind wir uns alle einig, dass die Bücherei in Seelscheid erhalten wird. Das kostet uns Geld. Aber hier liegt viel mehr als eine finanzielle Bewertung zugrunde, hier geht es auch um Bildung, auch um unsere Kinder, auch um unsere Kultur und um einen Ort, den viele Menschen

sehr wertschätzen. Ein großes Beispiel für unser Abwägungsdilemma. Ginge es immer so einfach mit Einsparungen, würden wir alle den fordernden Parolen nach Streichung folgen, geht es aber nicht.

Und dann gibt es in diesem Rat auch die AfD. Die gesamte Antragsliste enthält 63 laufende Nummern: 15 von der SPD, 38 von der Koalition, 10 von der FDP. Von der AfD kein einzige. In den Abstimmungen ist sie vertreten, in der Antragsliste nicht. Wer in einer Haushaltskrise Verantwortung übernehmen will, muss Vorschläge machen und Deckung benennen. Kritik allein ist keine Haushaltspolitik. Ich bin gespannt, ob sie gleich mehr als „nichts“ zu der Situation sagt und vor allem mit Ideen beitragen können. Zuschauen und von außen kritisieren ist an der Stelle für unsere Verantwortung, die wir hier gemeinsam tragen, zu einfach. Hier können und sollten wir alle etwas leisten und anpacken.

Zur FDP: Ihre Anfragen Nr. 54 bis 63 haben uns beschäftigt, und ich sage das wohlwollend, nicht nur weil sie etwas spät kamen. Sie haben die Verdopplung der Investitionskredite von 24,4 auf 53,6 Millionen Euro und weiter auf 66,4 Millionen Euro im Jahr 2027 ins Bild gerückt und sie haben nach dem Höchstbetrag der Liquiditätskredite von 70 Millionen Euro und dem Zinsrisiko gefragt – bei 3,5 Prozent allein 2026 rund 990.000 Euro. Das sind die richtigen Fragen. Sie decken sich in weiten Teilen mit unseren Anträgen zur Priorisierung der Investitionen und zur Aquarena. Wir sehen darin keinen Widerspruch, sondern eine Ergänzung, und wir würden uns freuen, wenn wir diese Linie gemeinsam weiterverfolgen.

Zum Schluss: die Verantwortungslinie

Wir alle klagen heute über die Hebesätze und falls ich das noch nicht deutlich genug gemacht habe, hole ich es hier umso deutlicher nach: die Hebesätze sind zu hoch, die jährliche Anhebung ist zu groß, das ist kein Pappenstiel für niemanden und ich möchte nicht dafür werben. Ich möchte aber erklären, was dazu geführt hat, welche Perspektiven es gibt, wie wir damit umgehen und warum wir trotzdem zustimmen müssen. Und ich bitte um noch eines bei uns allen: Ehrlichkeit und Respekt

Neunkirchen-Seelscheid ist kein Sonderfall, die Hebesätze als Folge der strukturellen Verfehlungen wird alle Kommunen treffen, manche jetzt schon und manche erst im nächsten Jahr. Der Unterschied liegt einzig darin, ob der Haushalt schon beschlossen wurde oder ob man mitten in der Krise einen Haushalt noch beschließen muss. Wir sind nur ein Spiegel einer Kommunalfinanzkrise, die in Nordrhein-Westfalen und auch darüber hinaus, insgesamt zutrifft und mit dem Blick in die Vergangenheit – ohne Schuldzuweisung – die lokal durch falsche Prioritäten noch verschärft wurde.

Von allen Fraktionen im Rat erwarten wir Ideen und Antworten, konkrete Alternativen. Und falls eine Fraktion keine hat: auch die Ehrlichkeit, das zu sagen. Polemik und populistische Schuldzuweisung helfen uns in der Situation nicht weiter, wir sollten überlegen, was das mit uns als Gesellschaft macht.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal zusammenfassen, worum es der CDU-Fraktion geht. Wir wollen eine Gemeinde, die handlungsfähig bleibt: bei den Vereinen, bei der Jugend, bei der Schule und auch bei der Feuerwehr. Dafür müssen wir Prioritäten setzen, Projekte nach Bedarf dimensionieren, Freiwilliges überprüfen und dem Rat die Informationen geben, die er zum Entscheiden braucht. Das haben alle unsere Anträge zum Ziel.

Der Haushalt 2026 und das Haushaltssicherungskonzept sind keine Schlusspunkte, sondern ein Anfang. Die Genehmigung durch die Aufsicht steht noch aus, und die Konzepte, die wir heute in Auftrag geben, müssen in den nächsten Monaten geliefert werden. Wir sind bereit, das gemeinsam mit der Verwaltung zu tun; mit der Verwaltung und nicht gegen sie.

Die CDU-Fraktion wird dem Haushalt 2026 und dem Haushaltssicherungskonzept zustimmen.

Ich danke Ihnen allen für Ihre Aufmerksamkeit und noch einmal der Verwaltung für ihre Arbeit in schwierigen Zeiten.

Es gilt das gesprochene Wort.